

Personen und Ereignisse

Zu Präsidenten der Dritten Vollversammlung des lateinamerikanischen Episkopats, die, wie hier bereits berichtet, vom 12. bis 28. Oktober 1978 in Puebla stattfindet, ernannte Papst Paul VI. Kardinal *Sebastiano Baggio*, Präfekt der römischen Bischofskongregation und Präsident der päpstlichen Kommission für Lateinamerika, Kardinal *Aloisio Lorscheider*, Präsident des lateinamerikanischen Bischofsrates (CELAM), und den erst vor kurzem neuernannten Erzbischof von Mexico City, *Ernesto Corripio Ahumada*.

In guter Atmosphäre ist der Besuch des ägyptischen Staatspräsidenten *Anwar El Sadat* im Vatikan Mitte Februar verlaufen. Der Papst ermunterte den ägyptischen Präsidenten, in seiner Friedensinitiative für Nahost fortzufahren. Der Papst forderte Sicherheit und Gerechtigkeit für die „gesamte Bevölkerung im Nahen Osten“. Er bezog dabei auch den Libanon ein und bekräftigte die „berechtigten Erwartungen des palästinensischen Volkes“. Jerusalem müsse „ein religiöses Zentrum des Friedens“ werden. Sadat betonte die gemeinsame religiöse Motivation der Christen und Moslems in den Friedensbemühungen. Das Nahostproblem könne nur auf der Basis weltweiter Toleranz gelöst werden. Radio Vatikan begleitete den Besuch mit einem freundlichen Kommentar: Die Beharrlichkeit, mit der Sadat trotz Hindernissen eine Friedensregelung im Nahen Osten anstrebe, verdiene Sympathie und Unterstützung.

Der Präsident des Vatikanischen Einheitssekretariats und Erzbischof von Utrecht, Kardinal *Jan Willebrands*, hat sich zu einem einwöchigen Besuch in Moskau und Leningrad aufgehalten. In Moskau wurde er auch vom Moskauer Patriarchen *Pimen* empfangen. Bei einem Essen, das der Leiter des Außenamtes des Moskauer Patriarchats, Metropolit *Juvenalij*, für den Kardinal gab, wies Willebrands darauf hin, daß er bereits zum zehnten Mal in der Sowjetunion sei. Es sei sein Ziel, immer bessere Beziehungen zur Russisch-Orthodoxen Kirche und zu den anderen Kirchen in der Sowjetunion herzustellen.

In einem längeren Interview mit der katholischen Tageszeitung „La Croix“ (7. 2. 78) äußerte sich Erzbischof *Roger Etchegaray* von Marseille und zur Zeit Vorsitzender der französischen Bischofskonferenz auf eine Frage des Reporters auch zu den bevorstehenden Parlamentswahlen in Frankreich: Er denke mit Ernst, aber ohne Aufregung daran; er hoffe, daß sich die Bevölkerung dabei weder von Ressentiments noch von Laxheit leiten lasse, sondern durch die „grundlegenden Interessen der Nation“. Im übrigen seien Wahlen ja nur ein Moment; was täglich wirklich wird werden müsse, sei wirkliche Demokratie. Zur Parteienlandschaft äußerte er sich nicht, stellte aber einen grundlegenden Mangel moderner Gesellschaften fest. Diese würden an einer „Hypertrophie der Subjektivität“ leiden. Die Sozialbeziehungen wären nicht mehr wie ein Spiegel des Individuums und kollektiven Ichs. Dadurch werde jede Kommunikation und jedes Gemeinschaftsleben zerstört.

Als erster Kardinal besuchte der katholische Primas von England, *George Basil Hume*, eine Synode der Anglikaner. Dabei dämpfte er die Hoffnungen auf Interkommunion, die der Erzbischof von Canterbury ausgesprochen hatte. Hume wies auch darauf hin, daß sich eine Befürwortung der Ordination der Frau durch die Anglikaner negativ auf die Beziehungen zwischen Anglikanern und katholischen Kirchen auswirken könnte.

Der irische Primas, *Tomas O'Fiaich*, hat sich in einem Presseinterview von neuem für einen Rückzug der Briten aus Nordirland und für eine Wiedervereinigung der Provinz Ulster mit der Republik Irland ausgesprochen. Er sekundierte damit dem irischen Präsidenten *Jack Lynch*, der in der Irlandfrage im Blick auf eine endgültige Lösung den gleichen Standpunkt vertritt. Er hoffe, so der Primas, in absehbarer Zeit auf eine entsprechende Absichtserklärung Londons. Mit einem neuen Aufflammen des Terrorismus protestantischer Extremisten nach Rückzug der Briten rechne er nicht. In einem vereinigten Irland (als Übergangslösung schlug er eine vorübergehende völlige Unabhängigkeit von Ulster vor) werde die katholische Kirche nicht darauf bestehen, spezifisch katholische Traditionen durch die Gesetzgebung auch für Nichtkatholiken verbindlich zu machen.

Der polnische Primas, Kardinal *Wyszynski*, hat in seinem diesjährigen Hirtenbrief zur Fastenzeit dem Staat bzw. der polnischen Regierung von neuem angeboten, bei der Lösung öffentlicher Probleme, vor allem solchen moralischer Art, behilflich zu sein. Mit diesem Angebot verband er Forderungen nach einer größeren Freiheit kirchlichen Wirkens, wie sie von ihm selbst und vom Episkopat insgesamt schon seit längerer Zeit vorgetragen werden: volle Freiheit der Verkündigung, Zugänge der Kirche zu den allgemeinen Massenmedien, freie Entfaltung für eine eigene kirchliche Presse und die Bildung eigener apostolischer Vereinigungen.

Sechs namhafte protestantische Theologen in den USA – unter ihnen die Professoren *Robert McAfee Brown* (New York) und *Harvey Cox* (Harvard) sowie der ehemalige lutherische Konzilsbeobachter *George Lindbeck* (New Haven) – haben an die vatikanische Glaubenskongregation appelliert, das Schreibverbot für den New Yorker Jesuiten *John McNeill* unverzüglich aufzuheben. Der Pater war im August vorigen Jahres gemäßregelt worden, nachdem er ein Buch über „Kirche und Homosexualität“ veröffentlicht hatte. Er darf seitdem seine Ansichten weder in Worten noch Schrift verbreiten. Die protestantischen Theologen, die sich einem entsprechenden Protest katholischer Theologen anschlossen, erklärten u. a., es verstoße gegen den Geist des Zweiten Vatikanischen Konzils, durch die Behinderung der wissenschaftlichen Auseinandersetzung mit der römischen Morallehre die „Suche nach der Wahrheit“ zu erschweren.

Neuartige Glasmassen für die sichere Verpackung von radioaktiven Abfällen haben die Physikprofessoren *Theodore Litovitz*, *Pedro Macedo* und *Joseph Simmons* von der Katholischen Universität der amerikanischen Bundeshauptstadt Washington entwickelt. Die als Einschlußmaterial verwendeten Gläser in Stabform halten hohe Radioaktivität für einen sehr langen Zeitraum zurück – man schätzt, für mindestens eine Million Jahre. Die bisher zum Einkapseln radioaktiver Abfälle versuchsweise verwendeten Gläser garantieren dies nur für ca. 1000 Jahre.

Die Allafrikanische Kirchenkonferenz will auch in Zukunft „prophetische Kritik“ an Unterdrückung und Menschenrechtsverletzungen in Afrika üben. Auf einer Sondersitzung Anfang Februar in Lomé (Togo) lehnte das Generalkomitee dieses ökumenischen Zusammenschlusses afrikanischer Kirchen ein Rücktrittsangebot des Generalsekretärs *Canon Burgess Carr* ab, der in den vergangenen Monaten in der kenianischen Presse wegen angeblicher Einmischung in die Politik scharf kritisiert worden war. Carr hatte

seinen Rücktritt angeboten, um die Weiterarbeit des AACC-Generalsekretariats in Nairobi nicht unnötig zu belasten. „Mit Rücksicht auf die persönlichen Belastungen von *Burgess Carr* und seiner Familie“ habe das Leitungsgremium beschlossen, dem Generalsekretär einen Studienurlaub zu gewähren. In seiner Abwesenheit werde für eine Zeit von 9 bis 15 Monaten *S. Shehata* als geschäftsführender Generalsekretär amtieren.

Im Anschluß an den Prozeß gegen die mutmaßlichen Mörder des Präsidenten *Marion Ngouabi*, der mit zehn Todesurteilen endete, erklärte der neue Präsident der Volksrepublik Kongo in einer Radiosendung, daß ab sofort alle Religionsgemeinschaften und Sekten mit Ausnahme der römisch-katholischen, der Evangelischen Kirche des Kongo, der Kirche des Propheten *Simon Kimbangu*, der Heilsarmee, des Islams und der Sekten des Propheten *Lassy Zéphirin* verboten seien. Angeblich sollen einige Sekten eine gewisse Rolle bei dem Attentat auf den Präsidenten gespielt haben.

Der Präsident und der Generalsekretär des Lutherischen Weltbundes, Bischof *Josiah M. Kibira* von Tansania und *Carl H. Mau*, haben den Mitgliedskirchen in der Republik Taiwan und der Republik Südkorea einen Besuch abgestattet. Damit sollte der Zusammenhalt zwischen dem Weltbund, den Kirchen und den Menschen dieser beiden Länder verbessert werden, weil ihren Delegierten im Juni vergangenen Jahres das Einreisevisum von Tansania für die Teilnahme an der 6. Vollversammlung des Lutherischen Weltbundes verweigert worden war.

Während eines Vortrages in der Universität von Singapur, wo sich der ehemalige britische Premierminister *Harold Wilson* auf Einladung des Premierministers *Lee Kuan Yew* von Singapur aufhielt, bezeichnete er den Euro-Kommunismus als die „heimtückischste Bedrohung“ des demokratischen Sozialismus. Gleichzeitig rief er zu mehr Wachsamkeit gegenüber dieser neuen Erscheinungsform des Kommunismus in Europa und Asien auf. Zudem warnte er vor dem Versuch Pekings, sich in Europa Stützpunkte zu verschaffen. So gerate Malta zunehmend in chinesische Abhängigkeit.

Wie die Sozialkommission der französischen Bischöfe (vgl. ds. Heft, S. 152) haben sich nun auch spanische Bischöfe nachdrücklich gegen die Todesstrafe ausgesprochen. Diese müsse, so erklärte der Madrider Weihbischof *Alberto Iniesta* in einem Eröffnungsvortrag einer von der spanischen Justitia-et-Pax-Kommission getragenen Kampagne, „nicht nur aus dem Strafgesetzbuch, sondern auch aus dem christlichen Denken“ verbannt werden. Sie sei mit der Menschenwürde unvereinbar. Der Erzbischof von Madrid und Vorsitzende der Spanischen Bischofskonferenz, Kardinal *Vincente Enrique y Tarancón*, äußerte sich in einem Beitrag für die katholische Tageszeitung „Ya“ in der gleichen Richtung und betonte das Recht und die Pflicht der Kirche, Gesetz und Sitte mit den Forderungen der menschlichen Person in Einklang zu bringen. Obwohl der noch in Diskussion befindliche Verfassungsentwurf die Abschaffung der Todesstrafe vorsieht und sich die Parteien darauf geeinigt hatten, wurde ein entsprechender Gesetzesentwurf der Sozialisten von der regierenden Zentrumsunion abgelehnt.

Beilagenhinweis: Dieser Ausgabe liegt ein Prospekt des Verlages Herder, Freiburg, bei.